

Der AK in Heidelberg meldet sich hinsichtlich der Debatten hinsichtlich eines theoretischen Laizismus zu Wort, welcher in Deutschland zumeist negativ, mit Blick auf die laizistisch-politischen Strömungen des 19. Jahrhunderts betrachtet wird. Als „Ismus“-Anhänger ist demnach der Laizist ein ideologischer Kämpfer eines „antireligiösen Staates“, oder einer dezidiert „antireligiös-weltanschaulichen“ Politik. Diese zumeist von theologischen wie kirchenhistorischen AutorInnen vertretene Lesart lässt bloß Platz für eine positive Laizität, die sich als Entwicklungsprozess der staatlichen Organisation von Recht, Erziehung und Bildung in Unabhängigkeit von Religion(sgemeinschaften) verstehen darf. Dem steht ein politischer Laizismus entgegen, der sich als zu gestaltende programmatische und progressive Aufgabe begreift. Ein Laizismus, der sich seine Ziele selbst bestimmt, sich von der Deutungshoheit seiner Gegner befreit.

Ein Antrag für das Bundestreffen im November in Berlin ist in Arbeit, der die drei Leitlinien eines politischen, programmatischen und progressiven Laizismus des 21. Jahrhunderts als politischen Gestaltungsauftrag formuliert.

1. Politischer Laizismus: Weniger als eine Weltanschauung und mehr als eine abstrakte Theorie bezieht sich ein politischer Laizismus auf das politische Handeln, versucht die Verhältnisse von Staat und Religion(en) als politische Prozesse zu begreifen. Diese gilt es kritisch und unter der größtmöglichen Neutralität und Autonomie des Staates zu gestalten. Die Privilegierung bestimmter Religionsgemeinschaften sowie die Verwechslung von Religion mit Politik sind abzulehnen.

2. Programmatischer Laizismus: Neutralitätsgebot und die (negative) Religionsfreiheit sind Prinzipien, die ein politischer Laizismus über die Gestaltung eines Programmes von Alternativen und Reformen der Verhältnisse in Bereichen wie Bildung, Recht, Finanz- und Kulturpolitik zu erreichen sucht. Dabei vertritt Laizismus ebenso die Interessen und Themen Religions- wie Konfessionsloser, von AtheistInnen und HumanistInnen, wie die Durchsetzung der Grundanliegen de jure wie de facto. Beispielsweise innerhalb verfassungs- wie staatsrechtlicher Verhältnisse oder mittels Forderungen um eine alternative, staatliche Religionskunde.

3. Progressiver Laizismus: Laizistische Politik und Programmatik bezieht sich nicht bloß auf die bestehenden Verhältnisse, sondern arbeitet auf eine größtmögliche Verwirklichung ihrer Ziele hin. Diese hat zu berücksichtigen, dass sich sowohl die sozialen Verhältnisse in Bezug auf Religionsgemeinschaften und ihre Sozialformen ändern als auch die Interessen von Konfessionslosen, AtheistInnen und HumanistInnen weder immer übereinstimmen noch immer klar bestimmt sind. Laizismus bleibt damit ein sich immer wieder aktualisierender und folglich progressiver Gestaltungsauftrag.

Diese grundlegenden Aspekte eines politischen, programmatischen und progressiven Laizismus sollen einen orientierenden Rahmen bieten, damit die einzelnen Themenfelder, Herausforderungen und Interessen als ein laizistisches Programm, eine laizistische Positionierung verstanden werden können.

Näheres ab Heute auch gebloggt: <http://laizistenspdhd.wordpress.com/>